

KOMMENTAR

Treuhand, Gewerkschaften, Bürgerbewegung

Das Verhältnis der Bürgerbewegung zur Treuhand kann durch die terroristische Ermordung ihres Präsidenten nicht berührt werden. Es war lange vorher in allen Ländern der ehemaligen DDR klargestellt, daß das Konzept der Treuhand nicht ausreicht, um soziale Gleichheit in beiden Teilen Deutschlands herzustellen. Und es versteht sich von selbst, daß die gewaltfreien Revolutionäre einer Diktatur nicht ausgerechnet in der Demokratie danach dem Terrorismus sympathisieren.

Dagegen fällt die Schreckreaktion einiger DGB-Gewerkschaften, zur Einstel-

lung der Montagsdemonstrationen aufzurufen, sehr merkwürdig auf. Was hat der politische Terrorismus in Westdeutschland mit den sozialen Forderungen der Ostdeutschen zu tun? Es fällt hier niemandem ein, Staatstrauer mit sozialpolitischer Devotheit zu verwechseln.

Wem aber fällt das ein? Den ostdeutschen Gewerkschaftern wohl kaum. Aber einigen Gewerkschaftsführungen, die gewohnt sind, in der Bundesrepublik Politik zu machen. Darin liegt ein wichtiger Hinweis auf die Grenzen der gewerkschaftlichen Neuorganisation und die jetzige Kampfkraft der Gewerkschaften. Die östliche Basis und die westliche Führung scheinen noch weit auseinanderzuklaffen. Wenn die Gewerkschaftsspitzen sich so beziehungslos irren können, dann haben die Gewerkschaftsmitglieder im Osten noch gar keine neue, aus ihren Betrieben und Erfahrungen entstandene Vertretung im Gewerkschaftsapparat

hervorbringen können. Die bisher sichtbare Interessenvertretung wird also wesentlich durch den in Westdeutschland aufgebauten Gewerkschaftsapparat organisiert. Daher die manchmal schrillen und – unter besonderen Umständen – auch ganz falschen Töne.

Es wird also nichts anderes helfen, als die breite Erfahrung der Bürgerbewegung „quer durch alle Parteien“ wiederzubeleben, um der Gesamtkrise Ostdeutschlands angemessen entgegenzutreten zu können. Allein mit den Lohnforderungen einzelner Gewerke ist es nicht getan.

Die ehemalige DDR muß für fünf oder zehn Jahre zu einem **Sondergebiet** erklärt werden. Erst dann könnten Maßnahmen getroffen werden, die endlich die richtige wirtschafts- und sozialpolitische Größenordnung erreichen. Die Eigentumsregelung muß umgekehrt werden: Entschädigung vor Rückgabe. Für viele Erzeugnisse müssen Quotierungen

eingeführt werden, die eine gleiche Entwicklung der Produktions- und Forschungsstandorte im Osten erzwingen. Ein Viertel der deutschen Bevölkerung muß auf ihrem Territorium auch ein Viertel aller Waren, Dienst- und Forschungsleistungen produzieren. Der Handel kann solche Quotierungen einhalten. Ein **Ministerium für innerdeutschen Aufbau** sollte diese aktive Wirtschaftspolitik steuern und an die Stelle der Treuhand treten. Ein **Wirtschafts- und Sozialrat**, der aus Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und den sozialen Verbänden und Bürgerbewegungen am Runden Tisch von unten gebildet werden könnte, muß dieses Ministerium kontrollieren. Auch Bundesentscheidungen für eine konzertierte Aktion können im Wirtschafts- und Sozialrat getroffen werden. Maßnahmen müssen der Größe der Schwierigkeiten entsprechen. Weder Treuhand noch Gewerkschaftspolitik allein sind ihnen angemessen. **Klaus Wolfram**

LESERBRIEFE

Demos allein ändern nichts

Ich gestehe, daß ich Eure Zeitung erstmalig zu Beginn der Veröffentlichung der Stasi-Listen gelesen habe. Das hängt aber mit meinen finanziellen Möglichkeiten zusammen. Sehr zustimmend muß ich mich zu dem Beitrag von Frau Barbara Zürner („Arbeitslose sind nicht schwach“) äußern. Ich selbst habe versucht, Kräfte zu mobilisieren und Menschen aus ihrer Resigna-

tion zu holen. Leider sind aber Angst, Gleichgültigkeit und Unterwürfigkeit tiefer verwurzelt, als wir wahrhaben wollen. Ich wehre mich entschieden dagegen zu sagen, wir müssen etwas für die Schwachen tun. Aber dann sollen, verflucht noch mal, die Betroffenen auch endlich dagegen antreten!

Mein Motto ist immer, ich muß gleichermaßen für mich und andere Aktivitäten entwickeln. Wenn ich meine Vorzüge in die Gemeinschaft einbringe, helfe ich der Gruppe und beuge mich gleichzeitig aus meiner Isolation. Aber durch ihr falsches Verhalten geben viele Arbeitslose und Kurzarbeiter in dieser Zeit wieder Machthabenden die Chance, über ihren Kopf zu bestimmen. Nur Demos allein ändern unsere mißliche Lage nicht. Vergessen wir doch nicht, daß es in Ostdeutschland zunehmend Arbeitslosigkeit bereits seit Januar 1990 gibt, also zu DDR-Zeiten.

In Gesprächen höre ich immer häufiger die Klage, daß in den Betrieben und Verwaltungen noch die alten Unfähigen sitzen und die sogenannten Kriecher, die sich noch nie durch gute Leistung auszeichneten. Aber wie gesagt, das hört man nur in Einzelgesprächen und kleinlaut. Das muß schnellstens anders werden. Hier ist meines Erachtens eine Solidarität zwischen Betroffenen der alten und der neuen Bundesländer erforderlich. Keinesfalls aber sollten wir auf „Hilfe von oben“ warten; wir können uns nur selbst helfen!

E. Schröder, Luckenwalde

Parteibürokratie für Arbeitsbeschaffung

(Betrifft: SPD (Ost) auf Distanz zu Bonn?, die andere 12/91)

Nach dem Lesen dieses Artikels werde ich das Gefühl nicht los, die Spezialdemokraten betrachten sich als eine große Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Da wird also eine Partei aufgebaut, um ein paar Arbeitsplätze zu schaffen („Eigentlich brauchen wir 36 000 Mitglieder, um unseren Apparat selbst finanzieren zu kön-

nen.“). Es wäre wohl angebrachter, den Apparat zu verkleinern. Schließlich gibt es sinnvollere Arbeiten als die Verwaltung von Menschen. Man darf gespannt sein, wie die SPD versucht, an neue Mitglieder heranzukommen, und vor allem, wie sie diejenigen belohnt, die erfolgreich geworden haben. Vielleicht mit einem aussichtsreichen Listenplatz bei den nächsten Wahlen?

Dirk Blochberger, Auma

Kalt, gefühllos, verantwortungslos

Zunächst: Ich bin konsequent für die Bewältigung unserer Vergangenheit, ohne Wenn und Aber. Nur Ihre Entscheidung zur Veröffentlichung der Namens- und Gehaltslisten des MfS hätte – wenn überhaupt – einen Sinn in den Tagen der Wende gehabt. Jetzt

kennen waren? Diese waren ja sogar, einschließlich der Gehälter von Honecker und Mielke, – verglichen mit denen in der BRD, sozial verträglich. Die Belastungen, die wir zu ertragen hatten, lagen in den Privilegien, deren Wurzeln wiederum ihren Nährboden in der Deformation des Systems hatten. Und diese Privilegien hatten nun wirklich nur jene, die zu den führungsmäßigen Trägern des Systems zählten, ob Generaldirektor eines Kombinars, Abteilungsleiter des ZK der SED oder des MfS oder eines Ministeriums. Erst in diesen Ebenen begann es mit den Privilegien. Erst hier kamen die echten Einkünfte zustande, die nicht erarbeitet wurden, sondern die man sich durch Beschlüsse und Nomenklatura zuschob. Dieses aufzudecken wäre eine gerechtfertigte Vergangenheitsaufarbeitung. Das, was sie aber tun, ist Verkett-

wortlich. Warum verfolgen Sie nicht die durchaus sichtbaren Spuren solcher Täter wie Schalck-Golodkowski oder jener, die sich in neuen Seilschaften, in GmbH tarnen und Gründungsgelder verwenden, die sie dem Volk gestohlen haben? Warum suchen Sie nicht die Fragebogenfälscher, die heute in westdeutschen Unternehmen sind und ihre früheren Gehälter beziehen?

R. Jordan, Berlin

Mehr Dialog mit den Opfern

(Betrifft: Interview mit MfS-Oberleutnant Kittler, die andere Nr. 13/91)

Mit immer größerem Entsetzen stelle ich, eines der Stasi-Opfer, fest, daß die Massenmedien mehr den Dialog mit den Tätern als mit den Opfern führen. Hört man dem Gesäusel der Täter genau zu, äußern sie niemals etwas Konkretes über ihre Tätigkeit als MfS-Offizier; aber grundsätzlich werben sie um Verständnis für das Tun des MfS. Was auch immer es war, angezweifelt wird alles, was schlimm gewesen sein könnte.

Spricht der Herr Oberleutnant von den Schreibtischtätern, die andere haben ausführen lassen, entstellt er doch die Tatsachen. Jeder, der für das MfS als Mitarbeiter interessant war, wurde geworben oder hat sich selbst beworben. Er bekam mit Ehrgeiz und Eignung bis ganz oben einen Schreibtischtäter-Job. Jeder kleine Ausführende von unten hatte doch das Bestreben, sich nach oben zu dienen. Ob als Straßenschläger oder Amor, der die Ehefrauen von inhaftierten Oppositionellen zu bearbeiten hatte, um deren Scheidung zu erzwingen – die Genossen haben ihren Kampfauftrag erfüllt.

Es kann und darf keine Grenze gezogen werden; die Hauptamtlichen des MfS sollten alle veröffentlicht werden. Was tun denn alle westlichen Geheimdienste, wenn sie um die Mitarbeit der MfS-Leute buhlen? Sie greifen auf deren Erkenntnischatz und Erfahrungen in der Personenbeschneiflung und -überwachung zurück. **Dieter Preißler, Berlin**

Keinen Schwamm drüber

Daß Ihr die Gehaltslisten des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes veröffentlicht, ist ein längst fälliger, mutiger und vernünftiger Schritt. Wichtig ist, daß er zur restlosen Aufdeckung aller Zusammenhänge führt. Die „Schwamm-drüber-Leute“ werden naturgemäß grollen, aber all jene, die an einer offenen, aufrichtigen Vergangenheitsbewältigung interessiert sind, werden diesen ersten Schritt mit Dankbarkeit aufnehmen.

Laßt Euch nicht bange machen, diese Art der Aufarbeitung, die ja nur der Anfang ist, erzeugt keinen Haß, denn der ist schon lange da. Wir mußten ständig mit ihm leben. Jetzt wird er in vernünftige, sachliche Bahnen gelenkt und verhindert vor allem die vielen, fehlgeleiteten Emotionen, die sich aufgebaut haben – das kann nur gut sein. Dieses Thema muß zu Ende gebracht werden, damit das ganze Land wieder frei atmen kann!

Peter Schulze, Jabelitz

Richtigstellung

(Betrifft: „Was wir brauchen, ist eine neue Offenheit“, die andere Nr. 10/91)

Der Autor baut seinen Aufsatz auf Behauptungen auf, die nicht der Wahrheit entsprechen. Herr Tietze, der die Sachsenkonferenz des Bündnis 90 besuchte, hatte alle Möglichkeiten, Beschlußvorlagen sowie weitere Informationen sich zu eigen zu machen. Die Grundlage für einen seriösen Bericht war zu haben. Der Autor behauptet, den zum Leitartikel gewählten Antrag zu zitieren. Weder Wortlaut noch Inhalt der Zitate decken sich mit dem im Protokoll verzeichneten Leitartikel noch mit irgendeinem anderen Antrag der Sachsenkonferenz ... Weitere Ausführungen des Autors, welche auf den als Fakten getarnten Unwahrheiten aufbauen, stellen sich so als polemische Taschenspielertricks und als unangebrachter Profilierungsversuch dar, was Tietzes Überschrift zur Posse werden läßt.

Ulrich Keller, Thomas Pilz, Landessprecher des NEUEN FORUM Sachsen



geklaute aus „stern“

lenkt sie von den neuen, existenzbedrohenden Problemen ab. Just im Moment, wo Leipzig und andere Städte auf die Straße gehen und soziale Gerechtigkeit einfordern, wollen Sie diese Bewegung in die Probleme der Vergangenheit kanalisieren. Das ist, offen gesagt, eine Kampagne zum Abtöten der Basisdemokratie! Wissen Sie wirklich nicht, daß die Probleme der alten DDR nicht in den Gehältern der DDR zu er-

IMPRESSUM



Unabhängige Wochenzeitung für Politik, Kultur u. Kunst

erscheint in DIE ANDERE BasisDruck Verlagsgesellschaft mbH, Schliemannstr. 23, Berlin, 1058. Telefon: 4 48 36 87. PSF 148, Berlin, 1058. Bankverbindung: Berliner Stadtbank AG, BLZ: 120 205 00, Konto-Nr.: 4381 39 3300

DIE ANDERE erscheint wöchentlich mittwochs und kostet 1,80 DM

Herausgeber: Klaus Wolfram (v.i.S.d.P.)

Redaktion: Rainer Braun, Brigitte Dombrowski, Wolfram Kempe, Tina Krone, Thomas Rüttig, Torsten Schulz, Anja Tapp, Rolf Walter

Layout: Bettina Block, Heide-Rose Plake

Adresse der ANDEREN: Französische Straße 47, Berlin, 1080. Telefon: 2 29 93 67-3 69. Telex: 113192

Anzeigenverwaltung Ost: BasisDruck Verlagsgesellschaft mbH, Susanne Ströger, Schliemannstr. 23, Berlin, 1058. Telefon: 4 48 53 74

Anzeigenvertretung West: gecco Communication Eppendorfer Weg 58, W-2000 Hamburg 20. Telefon: 040/4 91 0076. FAX: 040/406980

Abo-Bezug: DIE ANDERE Leser Service PSF 103 245, W-2000 Hamburg 1

Satz, Repro, Druck: Druckhaus Friedrichshain Druckerei und Verlags-GmbH Berlin